

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Bundesbahn - Sachverständigenrat -  
Energieversorgung - Elektrizitätswirtschaft - Frankreich**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1983) : Kurz kommentiert: Bundesbahn - Sachverständigenrat - Energieversorgung - Elektrizitätswirtschaft - Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 12, pp. 581-582

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135865>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Bundesbahn

### Leitlinien zur Konsolidierung

Das Bundeskabinett hat am 23. November „Leitlinien zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn“ verabschiedet, um die hohen und zunehmenden Bahndefizite zu begrenzen. Ziel ist die Anpassung der Bahn an den Strukturwandel und die Steigerung der Produktivität durch Ausschöpfung aller Rationalisierungsreserven. Bis 1990 soll die Bahn von bisher 300 000 Arbeitsplätzen etwa ein Drittel abbauen. Durch verstärkte Stilllegung unrentabler Strecken soll das Angebot an Beförderungsleistungen stärker am Bedarf orientiert werden. Trotz der daraus resultierenden nicht unerheblichen Einsparungen wird sich der Schuldenberg der Bahn bis 1987 von 36 Mrd. DM (Ende 1982) auf etwa 46 Mrd. DM erhöhen. Zu dieser Entwicklung trägt bei, daß der Bundesfinanzminister die jährlichen Leistungen für die Bahn bei 13,3 Mrd. DM eingefroren hat, ohne Rücksicht auf die steigenden Kosten, die sich für die Bahn aus ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Gemeinwirtschaft, insbesondere auch im Personennahverkehr, ergeben.

Mit ihren Leitlinien hat die Bundesregierung zwar der Bahn politisch den Rücken für den notwendigen Konsolidierungskurs gestärkt, sich aber gleichzeitig um Entscheidungen für ein umfassenderes Sanierungskonzept gedrückt. Ein derartiges Konzept könnte insbesondere im Rahmen der immer wieder geforderten Trennungsrechnung nach verschiedenen Verantwortungsbereichen verwirklicht werden; dabei würden z. B. die gemeinwirtschaftlichen Kosten quasi nach dem Verursacherprinzip dem Budget des Staates angelastet, während in der Rechnung der Bahn allein der eigenwirtschaftliche Unternehmensbereich zu erfassen wäre. Dem Bundesfinanzminister dürfte eine derartige Transparenz allerdings kaum recht sein, da sie seinen eigenen, streng auf den Bundeshaushalt abgestellten Konsolidierungsbemühungen zuwiderliefe. sch

## Sachverständigenrat

### Optimistische Sicht

Wie schon im vergangenen Jahr ist der Sachverständigenrat in seiner Herbstprognose wieder recht optimistisch; er erwartet für 1984 ein Wirtschaftswachstum von 2½ bis 3 %. Für die Investitionen wird dabei weiterhin ein kräftiger Anstieg unterstellt. Zum Teil beruht diese optimistische Sicht darauf, daß der Rat beachtliche

Fortschritte bei der Verbesserung der Angebotsbedingungen sieht. Dies gilt insbesondere für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. So sei der bis 1981 aufgelaufene Konsolidierungsbedarf in den letzten zwei Jahren um mehr als die Hälfte abgebaut worden, das strukturelle Defizit belaufe sich auf nur noch etwa 17 Mrd. DM. Dieser beachtliche Konsolidierungserfolg habe – zumindest nach Meinung der Ratsmehrheit – die konjunkturelle Erholung nicht entscheidend behindert. Möglicherweise hätten die günstigen Einflüsse auf die Zinsen und auf Stimmung und Erwartungen die dämpfenden Effekte auf den privaten und öffentlichen Verbrauch sogar überkompensiert.

Auch der Sachverständigenrat sieht aber weiteren wachstumspolitischen Handlungsbedarf. Als Beispiele nennt er den Abbau von Subventionen, den Umbau des Steuersystems und die Privatisierung öffentlicher Leistungen. Erst Erfolge auch auf diesen Gebieten gewährleisten einen nachhaltigen Aufschwung. Der Frage einer Arbeitszeitverkürzung steht er dagegen eher ablehnend gegenüber, er hält einen Abbau der Arbeitslosigkeit durch Reallohnzurückhaltung für erfolgversprechender. Sollte es dennoch zu Arbeitszeitverkürzungen kommen – und davon geht er wohl aus –, so hätten diese weitestgehend kostenneutral zu sein, darüber hinaus wären individuelle Regelungen vorzuziehen. Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche ist für den Sachverständigenrat somit die schlechteste aller derzeit gehandelten Alternativen. ew

## Energieversorgung

### Noch weiter „weg vom Öl“?

Die deutsche Mineralölindustrie gilt zu Recht als – mit Blick auf die Steinkohle – nachahmenswertes Beispiel einer Branche, die gravierende strukturelle Anpassungen ohne staatliche Hilfe vornimmt. Allerdings ist das Ende des Anpassungsprozesses trotz großer Anstrengungen der Unternehmen noch lange nicht in Sicht. Eine Verbesserung der Auslastung der Raffineriekapazitäten ist aufgrund anhaltender Nachfrageschwäche vorerst nicht zu erwarten; daran konnte bisher auch der sinkende Rohölpreis kaum etwas ändern. Ein weiteres schwerwiegendes Problem ergibt sich aus der Tatsache, daß in absehbarer Zeit zusätzliche Produktmengen aus den neu entstehenden Raffinerien der OPEC-Länder auf den Markt drängen werden. Es läßt sich absehen, daß schließlich auch hier der Ruf nach staatlichem Handeln laut werden wird.

Wenn in dieser prekären Lage die Betroffenen zunächst eine Beendigung der Politik „weg vom Öl“ verlangen, so ist das verständlich. Aus übergeordneter Sicht erscheint diese Forderung aber sehr problematisch. Denn die Gründe für die von den Ölimportländern proklamierte Politik der Substitution von importiertem Öl gelten auch heute noch. Zwar ist die Abhängigkeit der Ölversorgung von der OPEC seit 1973 gesunken, doch wird bei der Rückkehr zu einem angemessenen Wachstum der Weltwirtschaft das Ölangebot aus dieser politisch instabilen Region wieder eine Schlüsselrolle spielen. Dies spricht weiterhin für einen fortschreitenden Abbau der Ölabhängigkeit in der Energieversorgung. Dieser Prozeß wird im übrigen schon aufgrund der von den Energieverbrauchern in Angriff genommenen und sich noch über viele Jahre auswirkenden Maßnahmen zum rationelleren Energieeinsatz „automatisch“ voranschreiten. ma

### Elektrizitätswirtschaft

#### Strom aus Frankreich

Seit langem beneiden deutsche Stromverbraucher die Franzosen um ihren billigen Strom aus Kernkraftwerken. Nun aber besteht die Aussicht, daran in einem zunehmenden Maße teilhaben zu können. Da nämlich der Stromverbrauch auch in Frankreich erheblich langsamer zunimmt als erwartet, entstehen dort wachsende Überschüsse. Die französische Elektrizitätsgesellschaft sucht deshalb Abnehmer im benachbarten Ausland. Zumindest Baden-Württemberg, das bereits in einem gewissen Umfang Strom aus Frankreich importiert, will diese Bezüge demnächst verdoppeln. Angesichts der großen Zahl der im Bau befindlichen Kernkraftwerke in Frankreich dürfte sich die Importmenge in Zukunft noch beträchtlich steigern lassen.

Aus Kostengründen – wenn sich der französische Strom tatsächlich als so preisgünstig wie behauptet erweisen sollte –, aber auch aus Umweltüberlegungen sind die französischen Lieferungen eigentlich nur zu begrüßen. Der baden-württembergische Ministerpräsident hat bereits auf die Möglichkeit hingewiesen, „schmutzige“ Kohlekraftwerke vorzeitig stillzulegen. Außerdem könnte der Bau neuer Kernkraftwerke in der Bundesrepublik in die Zukunft verschoben, wenn nicht sogar unnötig werden.

Allerdings kommt das französische Angebot zu einer Zeit, in der sich die deutsche Elektrizitätswirtschaft ebenfalls einem nur noch schwach zunehmenden Stromverbrauch gegenüberstellt. Schon jetzt erweist

sich die Abnahmeverpflichtung gegenüber dem deutschen Steinkohlenbergbau für einige Unternehmen als kaum lösbares Problem. Mit der Inbetriebnahme der gegenwärtig im Bau befindlichen deutschen Kernkraftwerke in den nächsten Jahren könnten sich die Probleme weiter vergrößern, wenn nicht eine nachhaltige Konjunkturbelebung für Entlastung sorgt. Dem Atomstrom aus Frankreich wird daher wohl auch in Zukunft nur marginale Bedeutung zukommen. km

### Frankreich

#### Preiskontrollen verlängert

Entgegen dem ursprünglichen Versprechen sollen die Preiskontrollen in Frankreich, die den Preisstopp von Juni bis Oktober 1982 abgelöst hatten, doch nicht Ende dieses Jahres aufgehoben werden. Der wichtigste Grund für die Fortsetzung der schon traditionellen Eingriffe in die Preisentwicklung ist sicherlich, so paradox es klingen mag, der Fehlschlag der Preismäßigungsabkommen zwischen Wirtschaft und Regierung in diesem Jahr.

Angestrebt war eine Begrenzung des Preisanstiegs auf 8 %; demgegenüber wird die tatsächliche Teuerung im Laufe dieses Jahres etwa 10 % betragen. Das aber „belastet“ die Stabilisierungsaussichten auch für das nächste Jahr. So werden die Gewerkschaften, die ihre Lohnforderungen entsprechend der einkommenspolitischen Konzeption etwa auf das Maß der avisierten Teuerungsrate beschränkt hatten, voraussichtlich Nachschlagsforderungen durchsetzen, obwohl sich aufgrund der erneuten Konjunkturabschwächung eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage abzeichnet. Der damit verbundene Kostenschub für die Unternehmen könnte leicht zu einer weiteren Drehung der Preis-Lohn-Spirale führen.

Dieser Gefahr will die Regierung vorbeugen, indem sie die Realisierung des für 1984 festgesetzten ehrgeizigen Preisziels von 5 % durch neue Abkommen zwischen Wirtschaft und Regierung zu sichern sucht. Es wird sich erst zeigen müssen, ob dann wiederum auf Lohnanhebungen im Ausmaß lediglich des projektierten, relativ niedrigen Preisanstiegs gebaut werden kann. Selbst wenn es aber im nächsten Jahr gelingen sollte, die Preis- und Lohnziele zu realisieren, erscheint es sehr fraglich, ob damit mehr als ein vorübergehender „Stabilisierungserfolg“ erreicht wird. Dies gilt vor allem, weil eine angemessene Einengung der monetären Überwälzungsspielräume wegen der befürchteten restriktiven Wirkungen wohl unterbleibt. wt